

Rede am KV-Büro der Kölner Grünen, 21.09.22:

Moritat über die Grünen

Warum stehen wir hier vor dem Büro des KV der Kölner Grünen, jener Partei, die mittlerweile über 42 Jahre besteht und deren Werdegang in der Geschichte des bundesdeutschen Parteienspektrums beispiellos ist?

Weil wir sie dazu bringen wollen, das EU-Kanada-Handelsabkommen, CETA, nicht zu ratifizieren. Denn die Grünen sind in der jetzigen politischen Konstellation die einzige demokratische Partei, die auf Bundes- und Länderebene - auch die Länderkammer wird ja ggfs. ihre Stimme zum CETA-Gesetz abgeben müssen - CETA aufgrund ihrer ablehnenden Beschlusslage mit der Macht ihrer Stimmen verhindern könnten.

Letztere widerspricht nicht nur fundamental dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung, die CETA unter grüner Mitverantwortung jetzt schnell unter Dach und Fach bringen will, sondern auch dem Wählerwillen all jener, die die jetzigen Abgeordneten der Grünen in die Parlamente geschickt haben. Dieser Wählerwille droht nach den riesigen europaweiten Demonstrationen gegen CETA & TTIP 2015-16 einmal mehr mit Füßen getreten zu werden.

Aus diesem Kreisverband kommt mit Katharina Dröge die jetzige Fraktionsvorsitzende der BTF. Noch 2015/16 saß diese Frau in Ehrenfeld bei uns auf dem Podium und ließ an der neoliberalen EU-Freihandelspolitik kein gutes Haar.

Und nun? Betätigt sie sich mit anderen Grünen als Promoterin für die Ratifizierung eines Handels- und Investitionsabkommens, das in seiner gesamten Struktur und Zielsetzung aus der Zeit gefallen ist, bedroht es doch unsere Gesundheit, die öffentliche Daseinsvorsorge und das Klima - und ermöglicht, wie wir vorhin gehört haben, Konzernen über das ICS-Investitionsgerichtssystem horrende finanzielle Entschädigungen aus dem Staatshaushalt, sobald CETA mit der Ratifizierung zu internationalem Recht wird.

Diesen Verrat nehmen wir nicht einfach hin - kein Abgeordneter, keine Abgeordnete darf diesem Vertrag zustimmen!

Einst angetreten als aus den NSB der 60-er und 70er Jahre heraus entstandene Bewegungspartei, die die bestehende kapitalistische Gesellschaft und Ökonomie unter dem Etikett „umweltbewusst, sozial, basisdemokratisch,

gewaltfrei“ einmal grundlegend umgestalten wollte, sind Bündnis 90 / Die Grünen heute eine Partei des kapitalistischen Establishments.

Mittlerweile stellt sie zum zweiten Mal Minister*innen im Bundeskabinett. In den Ländern regiert sie schon lange mit. Sie beschäftigt reihenweise Staatssekretär*innen, trägt, wie auch jetzt wieder, Kriegseinsätze mit und hat mit Hartz IV ein Paket des Sozialabbaus geschnürt, das im westlichen EU-Europa seinesgleichen sucht.

Ehemalige Spontis aus der Hausbesetzerszene und Maoist*innen wurden und werden unter grüner Ägide mit hochdotierten Posten im Staatsapparat ausgestattet. Joschka Fischer leitete die deutsche Außenpolitik nicht nur als Vizekanzler, sondern machte es zahlreichen Sozialdemokrat*innen nach und nahm zum Abschied die Drehtür, hält für teures Geld Vorträge und genießt seinen Lebensabend mit einem lukrativen Beraterposten in der Wirtschaft. Grüne stehen in der Mitverantwortung für brutale Polizeieinsätze gegen linke Demos, verantworten klimaschädlichen Autobahnbau und Waldabholzung oder beugen sich, wie in NRW, als Mitregierende der Anwendung eines äußerst rigiden Versammlungsgesetzes.

Wie utopisch klingen heute viele ursprüngliche Programmbestandteile der Grünen? Austritt aus der NATO, Auflösung der Bundeswehr, sogar der kasernierten Polizei; Rüstungsexportverbot und Produktkonversion, strenges Tempolimit, Abführung des Großteils der Diäten an einen Öko-Fonds, 35-Stunden-Woche weitestgehend im Normalarbeitstag, Verbot von Massentierhaltung und Lebensmittelbestrahlung, strenge Lebensmittelüberwachung, Stopp des Flughafenneubaus und Kerosinsteuer, halbierte Fahrpreise bei der Bahn, Produktionsverbote für hochtoxische Stoffe, Verbot von Giftmüllexporten, rekommunalisierte Energieversorgung und vor allem die Stilllegung aller Atomanlagen.

Kurzum, die Grünen waren eine bunte, streitbare und anfangs auch intern tolerante Partei.

Die Frage liegt nahe, wie es zur heutigen Politik der Grünen kommen konnte.

Hinführend ein Zitat von Thomas Ebermann, Ökosozialist, früherer Bundestagsabgeordneter der Grünen und nach der Abwahl des linksgrünen Bundesvorstands durch den Realo-Flügel um Joschka Fischer 1989 als aus der Partei ausgetreten:

„Was uns in der Bunten Liste betrifft [die Bunte Liste war ein Hamburger Vorläufer der Grünen-Gründung] glaube ich schon, dass der Gedanke der

Wahlbeteiligung gut reflektiert und begründet war, gerade unter dem Gesichtspunkt: Welches „Feindesland“ betreten wir da? Haben wir eigentlich bedacht, dass ein solches Parlament ein ideologisches Instrument der herrschenden Klasse ist? Haben wir die Gefahren der Integration und die Chancen für ein Aufbrechen gesellschaftlicher Widersprüche über das Parlament gegeneinander gewichtet? Wir plädierten für eine durchaus ernsthafte Parlamentsarbeit und ganz stark dafür, etablierte Politik und bürgerliche Parteien zu entlarven. Und nachdem wir 1978 in die Bezirksvertretung von Eimsbüttel gekommen waren und dort recht emsig und detailliert arbeiteten, mussten wir viel Spott ertragen von Leuten, die sagten: Ihr geht lieber in den Ausschuss, als einer alten Oma über die Straße zu helfen. Es mag sein, dass eine ganze Reihe von Leuten sich damals mit dem Gedanken anzufreunden begannen, der gesellschaftliche Kampf bringt's nicht, also müssen wir eine neue Form des langen Marsches durch die Institutionen einschlagen. Ich habe am Anfang diese Gefahr gar nicht gesehen. Wie ich überhaupt glaube, dass wir das, was wir später als Verparlamentarisierung der sozialen Bewegungen beklagt haben, damals eher unterschätzt haben.“

Als jemand, der den Niedergang der Grünen zu einer auf die Beteiligung an der Macht unter allen Umständen strebenden Partei 1985 – 1988 als Mitglied des ökosozialistischen Flügels persönlich miterlebt hat, habe ich folgende Erklärung gefunden:

Die Grünen waren 1980 aus einer besonderen gesellschaftlichen Situation heraus entstanden. Der auf die wichtigsten Bedürfnisse des Menschen und die Natur keine Rücksicht nehmende Wirtschaftsboom der 50-er/60-er Jahre und die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter das Verwertungsinteresse des Kapitals hatten bis dahin gravierende soziale, ökologische und friedenspolitische Defizite hinterlassen.

Die an Kapitalinteressen orientierte Politik des bürgerlichen Parteienspektrums konnte naturgemäß diese Defizite nicht ausgleichen. In der Folge waren NSB in Gestalt Tausender Bürgerinitiativen in den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft entstanden: Ostermärsche, Studentenbewegung, Bewegungen gegen Fahrpreiserhöhungen, die Bewegung für eine Schulreform (Stw.: Kleine Klassen), Häuserkämpfe, Initiativen gegen Berufsverbote, Proteste gegen Straßenneubau und Übermotorisierung (übrigens auch gegen den Kölner Autobahnring!), gegen Wasser- und Meeresverschmutzung, gegen Fluglärm und Waldzerstörung (Stw.: Startbahn West), die Frauenbewegung und schließlich - als Kern - die Anti-AKW-Bewegung mit Massendemonstrationen

gegen den Bau von AKWs in Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Kalkar und anderswo. Typisches Kennzeichen der meisten NSB war zu der Zeit eine außerparlamentarische Strategie.

Warum kam es dann doch zu Listenverbindungen und Kandidaturen bei Landtags- und Kommunalwahlen? Erstens. Weil die Herrschenden der Bundesrepublik Deutschland das von ihrem blinden Technikwahn getriebene Atomprogramm unter allen Umständen durchsetzen wollten und keinerlei Zugeständnisse zu machen bereit waren. Man setzte auf massive staatliche Repression mit der Folge, dass die Anti-AKW-Bewegung an Dynamik und Masse verlor.

Auch die Medienkampagne gegen die Bewegung wirkte. Umfragen von Emnid und anderen Instituten ergaben im April 1980 nur 43% zugunsten eines Atomausstiegs. Der öffentliche Druck ließ nach und leitete in der außerparlamentarischen Bewegung gegen das Atomprogramm eine Phase der Neuorientierung ein.

Zweitens. Der Ideenreichtum der NSB führte dazu, dass viele Wort- und Meinungsführer*innen von der überwiegend auf ihr Thema konzentrierten Anti-AKW-Bewegung wegkommen - und nunmehr das große Ganze einer umfassenderen ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft programmatisch in den Blick nehmen und nun mithilfe des Gangs in die Institutionen umzuformen gedachten.

Weil aber die Gründung der Grünen nun einmal das vorläufige Ergebnis diverser politischer Konstituierungsprozesse und zahlreicher ideologischer Auseinandersetzungen im oben beschriebenen schillernden Spektrum gewesen war, barg diese Heterogenität auch eine große Gefahr - und das hat letztlich den Aufstieg der Realpolitiker*innen erleichtert. Warum?

Jutta Ditfurth, Exponentin der grünen Fundamentalisten (Kurzform: „Fundis“ und wie Thomas Ebermann aus den Grünen längst ausgetreten, brachte es 1990 in einem Interview mit folgenden Worten auf den Punkt:

Frage: Ist es nicht eine zu einfache Erklärung, die Anpassung der Grünen ein paar Leuten in die Schuhe zu schieben?

„ Im Gegenteil, es ist eine sehr genaue Erklärung für einen Vorgang, den ich persönlich miterlebt habe. Es geht dabei um die Sammlung von Kräften für die Organisation und Beschleunigung des Anpassungsprozesses, der von gewichtigen gesellschaftlichen Kräften erwünscht war - über die Medien und

*Kapitalinteressen haben wir ja schon gesprochen. Es fing damit an, dass eines Abends im Oktober 1982 im Frankfurter Kreisverband ein Club von Spontis aufkreuzte, die ihren Aufnahmeantrag grinsend damit begründeten: ‚Wir sind Joschkas Freunde.‘ Ein halbes Jahr später saß Fischer im Bundestag. Und wenn man die Entwicklung der letzten sieben Jahre fein analysiert, lässt sich Punkt für Punkt belegen, dass sämtliche strukturellen und programmatischen Veränderungen der Grünen – angefangen von der Abschaffung der Rotation bis hin zur Distanzierung von außerparlamentarischen Bewegungen – nur diesem einen Ziel dienten: Die Grünen schrittweise regierungsfähig zu machen und – koste es, was es wolle – Fischer, Cohn-Bendit und ihre Gesinnungsfreund*innen irgendwann einmal in Regierungsämter zu hieven. (...). Ich glaube, wir waren strukturell nicht gefeit gegen Leute, die die Offenheit dieser neuen Partei sehr zielgerecht und rücksichtslos für ganz andere Zwecke benutzen wollten. (...). Darin lag ein struktureller Mechanismus, der sicher sehr leichtsinnig war.“*

Das Ergebnis kennen wir. Fischer wurde 1986 Umweltminister in der hessischen Landesregierung mit SPD-Ministerpräsident Holger Börner und vollzog den „Ausstieg“ aus der Kernenergie durch weiteren Einstieg in die Atomtechnologie.

Die linksgrüne Mehrheit im Bundesvorstand und in der Partei hatte kein Konzept, um diese Entwicklung zu stoppen - zumal die von ihr einst mitbeschlossene satzungsgemäße Autonomie der Landesverbände ihr die Hände band.

Dieser strukturell angelegte Geburtsfehler der Grünen und zusätzlich das Versäumnis der Parteiführung, das beträchtliche politische Gewicht der Linken in den Grünen auf Bundes- und Länderebene systematisch und organisiert in die Waagschale zu werfen, führten am Ende zum Erfolg des Realo-Flügels.

Was können wir daraus lernen?

Dass in ihrer Abgehobenheit von Wählerinteressen die grünen Parlamentsfraktionen - und nicht nur sie - ein Eigenleben führen, das wir unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Bedingungen nicht wirksam kontrollieren können. Wie Marx einst wusste, sind die Institutionen mächtiger als die einzelnen Menschen.

Johannes Agnoli hat als Zeitzeuge der beschriebenen Entwicklung der Grünen diesen Gedanken in seiner Schrift zur ‚Transformation der Demokratie‘ meisterhaft ausgeführt:

Wer sich die Systemlogik zu eigen macht, verfällt der „*Suggestion des größeren Erfolges*“ durch Anpassung. Mit einfachen Worten: Der Glaube an den schnelleren Erfolg durch Beteiligung an der Macht bewirkt, dass die Realisierung des eigenen Programms, die emanzipatorische Ausgangsforderung, Stück für Stück auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird.

Laut:

STOPPT DASS CETA!